

Rede  
Josef Sanktjohanser, HDE-Präsident

Deutscher Handelskongress  
Berlin, den 15. November 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiÙe auch Sie noch einmal ganz herzlich willkommen zum diesjährigen Handelskongress. Es ist mittlerweile das 25. Spitzentreffen des deutschen Handels, dem drittgroÙten Wirtschaftszweig mit drei Millionen Beschäftigten in Deutschland.

Der Handel ist eine Wachstumsbranche, wie wir gerade gehört haben. Wir erwarten in diesem Jahr zum achten Mal in Folge ein deutliches Wachstum. Damit erweist sich der Handel erneut als wesentliche Kraft der insgesamt sehr stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

Zu diesem Erfolg tragen ganz wesentlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei, von denen immer mehr in Vollzeit oder Teilzeit bei uns arbeiten. Die Zahl der Minijobber ist dagegen erneut gesunken.

Diese Entwicklung weist darauf hin, dass es der Branche im Allgemeinen gut geht. Ich nehme an, dass Viele unter Ihnen dem zustimmen können. Aber das Bild ist sehr gemischt. Die Schere zwischen GroÙ und Klein, Stadt und Land, zwischen Fachhandel, traditionellen Kaufhäusern und groÙen Ketten geht immer weiter auseinander.

Das hat unterschiedliche Ursachen. Insbesondere der mittelständische Handel, das Fachgeschäft sieht sich einer wachsenden Konkurrenz des Online-Handels gegenüber. Weniger investitionsstarke Betriebe fühlen sich vom Wachstumstrend abgehängt, während groÙe Unternehmen vom Boom des E-Commerce profitieren.

Die Folgen sind vielerorts unübersehbar. Leerstände und teilweise Verödung gefährden das symbiotische Gleichgewicht zwischen Handel, Dienstleistung und Kultur in den Städten und Gemeinden.

Ein ruinöser Kreislauf wurde in Gang gesetzt. Die Besucherfrequenzen nehmen ab. Kleine und mittlere Lagen dienen nur noch der Grundversorgung, für das Genuss-Shopping fahren die Menschen lieber in die Metropolen oder ziehen gleich ganz dorthin.

Die Folgen sehen wir in ihrer krassesten Form in Ostdeutschland. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen sind wir weit entfernt. Es gibt viele Regionen, die sich wirtschaftlich und infrastrukturell abgehängt fühlen. Die zunehmende Landflucht ist ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Problem und der Nährboden für ein Erstarren der Populisten.

Wir müssen handeln!

**Erstens** brauchen wir überall in Deutschland eine digitale Infrastruktur, die international wettbewerbsfähig ist. Nur so erhalten alle Regionen die Chance für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und für den Aufbau und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Für viele unserer Betriebe, besonders in strukturschwachen Regionen, ist die digitale Infrastruktur in mehrfacher Hinsicht existenziell: Wenn die Menschen keine Arbeit finden, ziehen sie weg, und so gehen vielerorts schlicht die Kunden aus. In bestimmten Regionen müssen Händler ihre Geschäfte schließen und somit ist die Nahversorgung ganzer Landstriche gefährdet.

Unsere Unternehmen sind auf schnelle Internetanschlüsse angewiesen. Ansonsten können sie die modernen Technologien nicht nutzen und sind im Wettbewerb mit globalen Online-Konzernen klar unterlegen. Wachstum findet nur dort statt, wo alle Vertriebswege des Handels – stationär, online, mobil – sinnvoll miteinander verknüpft werden. Das geht nur mit einer leistungsfähigen Breitbandversorgung, für die alle Parteien vehement eintreten.

Wir hoffen, dass die künftige Bundesregierung die Digitalisierung als große Querschnittsaufgabe in die Verantwortung eines Ministeriums legt, um die Umsetzung massiv zu beschleunigen.

**Zweitens** erwarten wir von der Politik, dass sie alles dafür tut, die Kaufkraft zu stärken. Das Thema ist bei weitem kein Selbstläufer, auch wenn der Konjunkturmotor in Deutschland brummt und wir eher einen Arbeitskräftemangel haben. Der HDE stimmt in den allgemeinen Chor ein, dass insbesondere den unteren und mittleren Einkommenschichten mehr von ihrem Verdienst bleibt. Das ist machbar und ein Gebot des fairen sozialen Ausgleichs angesichts der positiven Wirtschaftszahlen. Es fördert die Eigentumbildung und den privaten Konsum, der über Jahrzehnte zu einem stabilen Konjunktur- und wesentlichen Wohlfahrtsfaktor geworden ist. Die Stichworte dazu lauten Abbau der kalten Progression und des Solidaritätszuschlages.

Auch weiter steigende Kosten des EEG belasten die Privathaushalte. Wir haben gemeinsam mit dem vzbv ein Konzept entwickelt, das Einsparungen von insgesamt 5,2 Milliarden Euro bringt. Der HDE fordert eine Kernsanierung des EEG nach marktwirtschaftlichen Regeln und eine gerechtere Verteilung der Lasten. Unser gemeinsamer Vorschlag ist eine Neufinanzierung der Energiewende über einen CO2 Mindestpreis, in dem Klimaschutz die Hauptrolle spielt.

Wenn wir am Ende der letzten Legislaturperiode das Fazit ziehen müssen, dass wir alle Ziele sowohl bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, als auch bei deren Finanzierbarkeit und v.a. beim Erreichen des Klimaschutzes verfehlt haben, dann ist das für den Standort Deutschland eine traurige Bilanz. Es ist insofern wenig überraschend, dass dies mit das größte Konfliktfeld bei der Bildung der neuen Koalition ist.

**Drittens:** Mit hinein in die Klimapolitik spielt die Diskussion um Fahrverbote. Um es klar zu sagen: Es ist nicht zuletzt angesichts des Strukturwandels im Handel unser oberstes Ziel, vitale, lebenswerte und gut erreichbare Stadt- und Einkaufszentren und somit Handelsorte zu erhalten. Zweifelsohne ist eine gute Luftqualität dafür ganz wesentlich.

Doch reflexhaft angedrohte Fahrverbote, wie sie die Koalitionäre diskutieren, sind keine nachhaltige Lösung und ziehen neue Probleme nach sich. Die Handelslogistik und Kundenverkehre tragen zu den Emissionen natürlich ganz wesentlich bei. Deshalb diskutieren wir in der Branche, was wir konkret tun können, um auf emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge umzustellen.

Zwei Dinge sind zunächst wichtig: Wir brauchen Übergangsfristen bei der Flottenumstellung, um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen, und vor allem geeignete Angebote seitens der Fahrzeughersteller.

Ich denke, die Verunsicherung wird bei privaten Fahrzeughaltern mindestens so groß sein, wie bei den gewerblichen. Eine blaue Plakette, die selbst für relativ neue Fahrzeuge kaum erreichbar ist, ist keine Lösung! Wir brauchen vernünftige und nachhaltige Mobilitätskonzepte, an denen wir im Rahmen der Allianz für die Innenstadt aktiv mitwirken werden.

**Viertens:** Uns bewegt das Thema Sicherheit. Lassen Sie uns Klartext reden: Die Zahl der schweren Diebstähle im Einzelhandel ist in den letzten Jahren um 30 Prozent angestiegen. Es handelt sich dabei häufig um gewerbsmäßig organisierten Diebstahl, dem unsere Unternehmen, aber auch unsere Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind.

Insgesamt liegt der Schaden derzeit bei mehr als zwei Milliarden Euro im Jahr. Um sich zu schützen, investieren die Unternehmen jährlich rund 1,3 Milliarden Euro beispielsweise in Alarmsysteme, Videoüberwachung oder Ladendetektive.

Es ist frustrierend, wenn man sich die Aufklärungsquote ansieht. Man hat den Eindruck, dass die Staatsanwaltschaft Ladendiebstähle als Bagatelldelikte ansehen. Wir erwarten von der Politik, den Strafrahmen für schweren Ladendiebstahl zu erweitern und die Spielräume der Justiz für Verfahrenseinstellungen einzuschränken.

**Fünftens, und damit komme ich zum Schluss:** Die Politik muss sich für ein level playing field für den Handel stark machen. Es kann nicht sein, dass internationale Online-Händler nicht die gleichen Steuern zahlen und die gleichen Verbraucherstandards erfüllen wie unsere einheimischen Unternehmer. Das schadet der Zukunft unserer Branche und ihren Beschäftigten. Das verhindert einen fairen Wettbewerb.

Auch das hiesige Arbeitszeitgesetz trägt zur Ungleichheit bei und wird den Anforderungen der modernen Arbeitswelt und insbesondere dem Flexibilisierungsbedürfnis von Kunden, Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht mehr gerecht.

Wir setzen uns daher für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ein. So wie in anderen Branchen ist die 5-Tage-Woche nicht mehr kompatibel mit den Anforderungen des digitalisierten Handels.

Es ist doch nicht im Interesse unseres Standorts, wenn Call Center ins Ausland verlagert werden, weil Sonntagsarbeit hier nicht möglich ist. Call Center, die übrigens oft in strukturschwachen Regionen Jobs anbieten.

Im Arbeitszeitgesetz sehen wir insbesondere bei der zwingend vorgeschriebenen, ununterbrochenen täglichen Ruhezeit von elf Stunden Reformbedarf. Wir brauchen dringend eine Lockerung bei der Ruhezeit für nur geringfügige Unterbrechungen.

Zum Beispiel für den Familienvater, der erst die Kinder von der Kita abholt und ins Bett bringt und dann noch eine dienstliche Mail bearbeitet. Er kann so auch noch Familie und Beruf viel besser unter einen Hut bringen.

Ohne Rechtsanpassungen können wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen. Der digitale globale Handel ist da, er stellt unsere Unternehmen vor neue Herausforderungen. Es geht nun darum, die Zukunft zu gestalten. Das ist für den HDE die wichtigste Priorität.

Wenn Verdi eine Sonntagsöffnung nach der anderen abschießt und die Sonntagsarbeit von Call Centern verhindert, verschärft das die Wettbewerbsverzerrungen und es zieht Kaufkraft aus den Städten und zunehmend zu globalen Anbietern im Internet.

Ich weiß, liebe Frau Nahles, dass das die Themen sind, die auch sie umtreiben. Ich bin sicher und ich hoffe, wir werden unseren guten Dialog fortsetzen, den wir in Ihrer Zeit als Ministerin stets als hart in der Sache aber immer konstruktiv empfunden haben.

Viele der kurz angerissenen Themen werden Sie auch als Fraktionsvorsitzende beschäftigen. Auch in dieser neuen Funktion sind wir gern ihr erster Gesprächspartner, wenn es um Fragen des Handels geht.

Wir freuen uns sehr, dass Sie heute bei uns sein können. Wir sind gespannt auf Ihre Rede.